Nr. 611

Verordnung über den Finanzausgleich (FAV)

vom 3. Dezember 2002 (Stand 1. Juni 2025)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf die §§ 1 Absatz 2, 4, 5 Absätze 3 und 4, 9 Absatz 3, 10 Absatz 4, 11 Absatz 1, 12 Absatz 2, 12a, 13, 13f Absatz 2, 16 Absatz 3, 17a Absatz 2, 23 Absatz 6 und 27 Absatz 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich vom 5. März 2002[1],
auf Antrag des Finanzdepartementes, *

beschliesst:

1 Grundlagen

§ 1 * *Zuständigkeit*

[1] Das Finanzdepartement ist zuständiges Departement gemäss Gesetz über den Finanzausgleich vom 5. März 2002[2] (Gesetz). *

[2] Die Lustat Statistik Luzern berechnet die Finanzausgleichsleistungen, insbesondere das Ressourcenpotenzial, den Ressourcenausgleich, die Beiträge an den Disparitätenabbau, den Lastenausgleich und den Pro-Kopf-Beitrag an Gemeindefusionen, zuhanden des Finanzdepartementes. Sie wendet dabei die in den Anhängen 1 bis 5 publizierten statistischen Formeln an. *

[3] Die Kosten der Lustat Statistik Luzern für ihre Leistungen nach Absatz 2 werden durch den Kanton getragen. *

---

[1] SRL Nr. 610

[2] SRL Nr. 610. Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

§ 2 *Wirkungsbericht*

[1] Spätestens im Jahr 2024 wird dem Kantonsrat Bericht erstattet. Danach wird alle sechs Jahre ein Wirkungsbericht erarbeitet. Der Verband Luzerner Gemeinden ist bei der Erarbeitung miteinzubeziehen. *

[2] Der Wirkungsbericht zeigt, wie sich die einzelnen Instrumente des Finanzausgleichs ausgewirkt haben, und beschreibt die Entwicklung der Gemeinde- und der Kantonsfinanzen in der zu untersuchenden Sechsjahresperiode. *

[3] Er gibt Auskunft über die Zielerreichung nach § 1 des Gesetzes und enthält Ausführungen über die Entwicklung der kommunalen und regionalen Disparitäten im Kanton.

2 Ressourcenausgleich

§ 3 *Ressourcenpotenzial*

[1] Bei der Berechnung des Ressourcenpotenzials werden die Nettovermögenserträge gemäss den Vorschriften im Anhang 6 erhoben. *

[2] Das Departementssekretariat des Finanzdepartementes überprüft die richtige Verbuchung der für die Berechnung des Ressourcenpotenzials benötigten Ertragsquellen. Sind Korrekturen nötig, werden diese nach Rücksprache mit der Gemeinde ausgeführt. *

[3] Das Finanzdepartement erlässt die für die Berechnung des Ressourcenpotenzials notwendigen Weisungen. *

§ 4 * *Mindestausstattung*

[1] Für die Festlegung der Mindestausstattung der Gemeinden wird die mittlere Wohnbevölkerung in der Dreijahresperiode nach Absatz 2 berücksichtigt.

[1bis] Die Mindestausstattung ist auf eine Hundertstelstelle genau zu bestimmen. *

[1ter] Zur Bestimmung des Wachstums des Ressourcenausgleichs wird der Besitzstand nicht mitberücksichtigt. *

[2] Als massgebende Jahre im Sinn von § 5 Absatz 3 des Gesetzes gelten die Werte des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr. Es wird der mittlere Steuerfuss über diese drei Jahre nach der Definition gemäss § 4 Absatz 3 des Gesetzes errechnet und mit dem mittleren Steuerfuss der Gemeinden über die gleiche Periode verglichen.

[3] Für jeden Steuerhundertstel, um den der massgebliche Steuerfuss die vorgegebene Limite nach § 5 Absatz 3 des Gesetzes unterschreitet, wird der Ressourcenausgleich des Auszahlungsjahres um fünf Prozent gekürzt.

3 Lastenausgleich

3.1 Topografischer Lastenausgleich

§ 5 * *Berechnung und Verteilung*

[1] Für die Berechnung des topografischen Lastenausgleichs werden die Bevölkerungszahl (mittlere Wohnbevölkerung) gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik vom 22. November 2011[3], die landwirtschaftlich genutzte Fläche (ohne Sömmerungsgebiet) gemäss dem landwirtschaftlichen Produktionskataster des Bundesamtes für Landwirtschaft und die Länge der Güter- und Gemeindestrassen nach den Statistiken der zuständigen kantonalen Dienststellen berücksichtigt. *

[2] Die für den topografischen Lastenausgleich zur Verfügung stehenden Mittel werden ausgerichtet:

a. * zu 55 Prozent für die landwirtschaftlich genutzte Fläche (ohne Sömmerungsgebiet),
b. * zu 45 Prozent für die Güter- und Gemeindestrassen.
c. * …

[3] Die landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Absatz 2a wird nach den Erschwerniszonen gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster des Bundesamtes für Landwirtschaft wie folgt gewichtet:

a. die Talzone mit 0,
b. die Hügelzone mit 1,5,
c. die Bergzone 1 mit 1,7,
d. die Bergzone 2 mit 1,725,
e. die Bergzone 3 mit 1,75,
f. die Bergzone 4 mit 1,775.

Die Beiträge werden an Gemeinden ausgerichtet, deren gewichtete landwirtschaftliche Nutzfläche pro Einwohner das kantonale Mittel übersteigt. Die Anteile der einzelnen Gemeinden am Gesamtbeitrag nach Absatz 2a bemessen sich nach der positiven Differenz zwischen der gewichteten landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Einwohner und dem kantonalen Mittel, multipliziert mit der Bevölkerungszahl der Gemeinde.

[4] Die Länge der Güter- und Gemeindestrassen nach Absatz 2b wird nach Strassenklassen wie folgt gewichtet:

a. die Güterstrassen Landwirtschaft 1. Klasse mit 1,
b. die Güterstrassen Waldwirtschaft 1. Klasse mit 0,1,
c. die Güterstrassen Landwirtschaft 2. Klasse mit 1,
d. die Güterstrassen Waldwirtschaft 2. Klasse mit 0,1,
e. die Gemeindestrassen 1. Klasse mit 1,

---

[3] SRL Nr. 28d. Auf diese Verordnung wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

f. die übrigen Güter- und Gemeindestrassen mit 0.

Die Summe der gemäss Absatz 4a–f nach Strassenklassen gewichteten Längen der Güter- und Gemeindestrassen wird mit dem Verhältnis zwischen gewichteter und ungewichteter landwirtschaftlicher Nutzfläche gemäss Absatz 3 gewichtet. Die Beiträge werden an Gemeinden ausgerichtet, deren zweifach gewichtete Länge der Güter- und Gemeindestrassen pro Einwohner das kantonale Mittel übersteigt. Die Anteile der einzelnen Gemeinden am Gesamtbeitrag nach Absatz 2b bemessen sich nach der positiven Differenz zwischen der zweifach gewichteten Länge der Güter- und Gemeindestrassen pro Einwohner und dem kantonalen Mittel, multipliziert mit der Bevölkerungszahl der Gemeinde.

[5] … *

3.2 Soziodemografischer Lastenausgleich

§ 6 *Bildungslasten*

[1] Für die Berechnung des Bildungslastenausgleichs werden die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Wohngemeinde in der Regel gemäss eidgenössischer Zählung am Stichtag des vierten bis zweiten Jahres vor dem Bezugsjahr und die ständige Wohnbevölkerung gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik im Durchschnitt des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr sowie der Ressourcenindex des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr berücksichtigt. *

[2] Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schulpflicht an der Wohnbevölkerung wird als Index der Schüler-Intensität berechnet. Der kantonale Mittelwert wird dabei als Basiswert verwendet und gleich 100 gesetzt. *

[3] Der Anteil der einzelnen Gemeinden am Bildungslastenausgleich bemisst sich nach der positiven Differenz zwischen der mit dem Index der Schülerintensität gewichteten und der ungewichteten Bevölkerungszahl. *

[4] Anspruchsberechtigt sind Gemeinden, deren Index der Schüler-Intensität 110 Prozent übersteigt. *

[5] … *

§ 7 * *Lasten aus der Bevölkerungszusammensetzung*

[1] Der für höhere Lasten aus der Bevölkerungszusammensetzung zur Verfügung gestellte Betrag wird zu einem Drittel an jene Gemeinden entrichtet, deren Anteil der Wohnbevölkerung, die durch Sozialhilfe unterstützt wird und das 65. Altersjahr noch nicht erreicht hat, das kantonale Mittel übersteigt, und zu zwei Dritteln an jene Gemeinden, deren Anteil der Wohnbevölkerung, die das 80. Altersjahr überschritten hat, das kantonale Mittel übersteigt.

[2] Die Berechnung des Anteils der durch Sozialhilfe unterstützten Personen berücksichtigt die Unterstützungsdauer durch proportionale Gewichtung bei unterjährigem Unterstützungsbezug sowie die Haushaltgrösse durch Gewichtung gemäss der Äquivalenzskala der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Der Anteil wird als Durchschnitt der Anteile des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr berechnet.

[3] Für die Feststellung der Personenanteile ist die mittlere Wohnbevölkerung gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik massgebend.

[4] Die Anteile der einzelnen Gemeinden am Gesamtbeitrag nach Absatz 1 bemessen sich nach der positiven Differenz zwischen der mit dem jeweiligen Index gewichteten Bevölkerungszahl und der ungewichteten Bevölkerungszahl.

§ 8 *Lasten aus der Infrastruktur*

[1] Der für höhere Lasten aus der Infrastruktur zur Verfügung gestellte Betrag wird an Gemeinden ausgerichtet, die eine hohe Arbeitsplatzdichte oder eine hohe Bebauungsdichte haben. Trifft beides zu, werden der Gemeinde beide Beträge ausgerichtet. 30 Prozent des für den Infrastrukturlastenausgleich zur Verfügung stehenden Betrages werden für den Ausgleichsbeitrag Arbeitsplatzdichte, 70 Prozent für den Ausgleichsbeitrag Bebauungsdichte verwendet. *

[2] Für die Berechnung der Anteile sind folgende Grundlagen massgebend: *

a. die Wohngebäude mit mehr als drei Geschossen gemäss eidgenössischer Gebäude- und Wohnungsstatistik,
b. * die Beschäftigten der Wirtschaftssektoren 2 und 3 gemäss eidgenössischer Statistik der Unternehmensstruktur,
c. die mittlere Wohnbevölkerung gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik.

[3] Es wird für die beiden Teilbereiche je ein entsprechender Index berechnet. Der kantonale Mittelwert wird als Basis verwendet und gleich 100 gesetzt. *

[4] Anspruchsberechtigt sind Gemeinden, deren jeweilige Indizes die Werte von 100 Punkten übersteigen. Die Anteile der einzelnen Gemeinden nach Absatz 1 bemessen sich nach der positiven Differenz zwischen der mit dem jeweiligen Index gewichteten Bevölkerungszahl und der ungewichteten Bevölkerungszahl. *

3.3 Finanzierung des Lastenausgleichs

§ 9 *Teuerungsbedingte Anpassung*

[1] Für die teuerungsbedingte Anpassung der Mittel für den topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich nach § 11 des Gesetzes gilt jeweils der Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise vom November des zweiten Jahres vor dem Bezugsjahr verglichen mit jenem vom November des dritten Jahres vor dem Bezugsjahr.

4 Besondere Beiträge *

4.1 Fonds

§ 10 * *Verzinsung*

[1] Der Fonds nach § 12a des Gesetzes wird nicht verzinst.

4.2 Gesuche *

§ 11 * *Zuständigkeit*

[1] Gesuche um besondere Beiträge haben alle notwendigen Informationen und Unterlagen zu enthalten und sind einzureichen *

a. * beim Finanzdepartement für Sonderbeiträge an eine einzelne Gemeinde,
b. * beim Justiz- und Sicherheitsdepartement für Beiträge an Gemeindefusionen und für Beiträge für die Zusammenarbeit von Gemeinden.

[2] Das zuständige Departement prüft die Gesuche unter Mitwirkung des andern Departementes gemäss Absatz 1 und unterbreitet sie dem Regierungsrat zum Entscheid. *

§ 12 * *Sonderbeiträge an einzelne Gemeinden*

[1] Sonderbeiträge sind so einzusetzen, dass die gesuchstellenden Gemeinden dadurch auf Dauer wirksam und nachhaltig gestärkt werden. In der Regel soll an eine Gemeinde nur einmal ein Sonderbeitrag ausgerichtet werden.

§ 13 * *Beiträge an Gemeindefusionen*

[1] Gesuchen um Ausrichtung eines Pro-Kopf-Beitrags und um Zusprechung eines Zusatzbeitrags sind insbesondere der Entwurf des Fusionsvertrages sowie ein Finanzplan der neuen Gemeinde über einen Zeitraum von vier Jahren beizulegen. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement kann weitere Unterlagen einfordern.

§ 13a * *Beiträge für die Zusammenarbeit von Gemeinden*

[1] Gesuche um Beiträge für die Zusammenarbeit von Gemeinden haben einen Projektbeschrieb, die Projektziele, das Vorgehen, den Zeitplan, das Konzept für die Information der Bevölkerung und die voraussichtlichen Projektkosten zu enthalten. Die anrechenbaren Kosten und die zu erwartenden Einsparungen sind besonders zu begründen.

[2] Die anrechenbaren Kosten eines beitragsberechtigten Projekts nach § 13e des Gesetzes sind auf den effektiven Zusatzaufwand begrenzt.

[3] Anrechenbar sind die direkten Kosten, die den Gemeinden durch die Planung und die Umsetzung des beitragsberechtigten Projekts entstehen. Nicht anrechenbar sind insbesondere Betriebskosten, Kosten, die auch ohne das Projekt auf Dauer anfallen würden, sowie Projektkosten, die das unbedingt notwendige Mass überschreiten.

[4] Bei der Prüfung von Gesuchen ist der Verband Luzerner Gemeinden anzuhören.

5 Mitwirkung der Gemeinden

§ 14 *Bereiche der Mitwirkung*

[1] Die Gemeinden wirken insbesondere in folgenden Bereichen mit:

a. Erlass von Weisungen nach § 3 Absatz 3 dieser Verordnung,
b. Ausarbeitung des Wirkungsberichtes nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes,
c. Festlegung der Mindestausstattung nach § 5 Absatz 4 des Gesetzes,
d. Verteilung der Mittel für den topografischen Lastenausgleich nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes,
e. Verteilung der Mittel für den soziodemografischen Lastenausgleich nach § 10 Absatz 4 des Gesetzes,
f. Festlegung der Gesamtsumme der für den Lastenausgleich einzusetzenden Mittel nach § 11 Absatz 1 des Gesetzes,
g. Aufteilung der Mittel auf den topografischen Lastenausgleich sowie den soziodemografischen Lastenausgleich und dessen drei Teilbereiche nach § 11 Absatz 2 des Gesetzes,
h. * …
i. Änderung dieser Verordnung durch den Regierungsrat.

§ 15 *Interessenvertretung*

[1] Der Verband Luzerner Gemeinden wählt eine Finanzausgleichsdelegation.

[2] Die Finanzausgleichsdelegation vertritt die Interessen der Gemeinden.

[3] Der Verband Luzerner Gemeinden sorgt dafür, dass alle wichtigen Gemeindegruppen, insbesondere auch jene, die an den Disparitätenabbau bezahlt, angemessen berücksichtigt werden.

[4] Der Regierungsrat kann einzelne Gemeinden oder Gemeindegruppen separat anhören.

5a ... *

*5a.1 ... *

§ 16 * ...

*5a.2 ... *

§ 17 * ...

5b Festsetzung der jährlichen Finanzausgleichsleistungen *

§ 17a * *Nachträgliche Korrektur*

[1] Die Finanzausgleichsleistungen werden nachträglich korrigiert, wenn der Fehler bei einer Gemeinde mehr als 5 Franken pro Einwohner oder Einwohnerin und im Total mindestens 10 000 Franken entspricht (Erheblichkeitsgrenze).

[2] Die Finanzausgleichsleistungen werden auf den nächstmöglichen Zeitpunkt korrigiert. Nötigenfalls kann die Korrektur auf mehrere Jahre erstreckt werden.

[3] Die Korrektur erfolgt, indem für jede Gemeinde die Finanzausgleichsleistung mit den korrekten Daten neu berechnet und die Differenz zur verfügten Leistung festgestellt wird. Die Differenz wird mit der nächsten jährlichen Finanzausgleichsleistung verrechnet.

6 Besitzstandwahrung bei Gemeindefusionen *

§ 18 * *Berechnung*

[1] Die Mindestaustattung und die einzelnen Teile des Lastenausgleichs werden für die beteiligten Gemeinden für das erste Jahr der Fusion mit und ohne Fusion berechnet. Der Differenzbetrag wird der fusionierten Gemeinde als voller Besitzstand nach § 23 des Gesetzes garantiert. *

[2] Der volle Besitzstandbetrag bleibt während der Dauer der Besitzstandwahrung unverändert. *

[3] … *

[4] … *

[5] … *

[6] … *

7 Inkrafttreten

§ 19 *Inkrafttreten*

[1] Die Verordnung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	03.12.2002	01.01.2003	Erstfassung	G 2002 558
Ingress	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
Ingress	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 1	06.12.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 380
§ 1 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 341
§ 1 Abs. 2	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 1 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 341
§ 1 Abs. 3	27.11.2018	01.01.2019	eingefügt	G 2018-098
§ 2 Abs. 1	20.11.2007	01.12.2007	geändert	G 2007 380
§ 2 Abs. 1	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 2 Abs. 2	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 3 Abs. 1	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 3 Abs. 2	07.04.2014	01.07.2014	geändert	G 2014 181
§ 3 Abs. 2	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 3 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 380
§ 3 Abs. 3	24.11.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 341
§ 4	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 4 Abs. 1bis	20.05.2025	01.06.2025	eingefügt	G 2025-047
§ 4 Abs. 1ter	20.05.2025	01.06.2025	eingefügt	G 2025-047
§ 5	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 5 Abs. 1	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 5 Abs. 2, a.	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 5 Abs. 2, b.	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 5 Abs. 2, c.	28.05.2019	01.01.2020	aufgehoben	G 2019-019
§ 5 Abs. 5	28.05.2019	01.01.2020	aufgehoben	G 2019-019
§ 6 Abs. 1	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 6 Abs. 2	10.06.2003	01.01.2003	geändert	G 2003 215
§ 6 Abs. 3	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 6 Abs. 4	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 6 Abs. 5	28.05.2019	01.01.2020	aufgehoben	G 2019-019
§ 7	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 8 Abs. 1	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 8 Abs. 1	28.05.2019	01.01.2020	geändert	G 2019-019
§ 8 Abs. 2	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 8 Abs. 2, b.	06.11.2018	01.12.2018	geändert	G 2018-068
§ 8 Abs. 3	18.03.2008	01.01.2009	geändert	G 2008 124
§ 8 Abs. 4	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
Titel 4	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 10	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
Titel 4.2	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 11	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 11 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 341
§ 11 Abs. 1, a.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 341
§ 11 Abs. 1, b.	24.11.2015	01.01.2016	eingefügt	G 2015 341
§ 11 Abs. 2	24.11.2015	01.01.2016	geändert	G 2015 341
§ 12	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 13	23.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 265
§ 13a	23.05.2014	01.06.2014	eingefügt	G 2014 265
§ 14 Abs. 1, h.	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012 17
Titel 5a	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012 17
Titel 5a.1	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012 17
§ 16	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012 17
Titel 5a.2	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012.17
§ 17	07.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	G 2012 17
Titel 5b	28.05.2019	01.01.2020	eingefügt	G 2019-019
§ 17a	28.05.2019	01.01.2020	eingefügt	G 2019-019
Titel 6	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 18	07.02.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 17
§ 18 Abs. 1	06.11.2018	01.12.2018	geändert	G 2018-068
§ 18 Abs. 2	06.11.2018	01.12.2018	geändert	G 2018-068

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 18 Abs. 3	06.11.2018	01.12.2018	aufgehoben	G 2018-068
§ 18 Abs. 4	06.11.2018	01.12.2018	aufgehoben	G 2018-068
§ 18 Abs. 5	06.11.2018	01.12.2018	aufgehoben	G 2018-068
§ 18 Abs. 6	06.11.2018	01.12.2018	aufgehoben	G 2018-068
Anhang 1	07.02.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	G 2012 17
Anhang 1	20.05.2025	01.06.2025	Inhalt geändert	G 2025-047
Anhang 2	07.02.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	G 2012 17
Anhang 2	06.11.2018	01.12.2018	Inhalt geändert	G 2018-068
Anhang 2	28.05.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	G 2019-019
Anhang 3	07.02.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	G 2012 17
Anhang 3	06.11.2018	01.12.2018	Inhalt geändert	G 2018-068
Anhang 3	28.05.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	G 2019-019
Anhang 4	07.02.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	G 2012 17
Anhang 4	06.11.2018	01.12.2018	Inhalt geändert	G 2018-068
Anhang 5	07.02.2012	01.01.2013	Inhalt geändert	G 2012 17
Anhang 5	06.11.2018	01.12.2018	Inhalt geändert	G 2018-068
Anhang 5	28.05.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	G 2019-019
Anhang 6	07.02.2012	01.01.2013	eingefügt	G 2012 17
Anhang 6	07.04.2014	01.07.2014	Inhalt geändert	G 2014 181
Anhang 6	28.05.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	G 2019-019

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
03.12.2002	01.01.2003	Erlass	Erstfassung	G 2002 558
10.06.2003	01.01.2003	§ 6 Abs. 2	geändert	G 2003 215
20.11.2007	01.12.2007	§ 2 Abs. 1	geändert	G 2007 380
18.03.2008	01.01.2009	§ 8 Abs. 3	geändert	G 2008 124
06.12.2011	01.01.2012	§ 1	geändert	G 2011 380
06.12.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 3	geändert	G 2011 380
07.02.2012	01.01.2013	§ 3 Abs. 1	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 4	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 5	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 6 Abs. 1	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 6 Abs. 3	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 7	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 8 Abs. 1	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 8 Abs. 2	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 8 Abs. 4	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 14 Abs. 1, h.	aufgehoben	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Titel 5a	aufgehoben	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Titel 5a.1	aufgehoben	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 16	aufgehoben	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Titel 5a.2	aufgehoben	G 2012.17
07.02.2012	01.01.2013	§ 17	aufgehoben	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Titel 6	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	§ 18	geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 1	Inhalt geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 2	Inhalt geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 3	Inhalt geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 4	Inhalt geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 5	Inhalt geändert	G 2012 17
07.02.2012	01.01.2013	Anhang 6	eingefügt	G 2012 17
07.04.2014	01.07.2014	§ 3 Abs. 2	geändert	G 2014 181
07.04.2014	01.07.2014	Anhang 6	Inhalt geändert	G 2014 181
23.05.2014	01.06.2014	Ingress	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 1 Abs. 2	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	Titel 4	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 10	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	Titel 4.2	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 11	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 12	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 13	geändert	G 2014 265
23.05.2014	01.06.2014	§ 13a	eingefügt	G 2014 265
24.11.2015	01.01.2016	§ 1 Abs. 1	geändert	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 1 Abs. 2	geändert	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 3 Abs. 3	geändert	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 1	geändert	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 1, a.	eingefügt	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 1, b.	eingefügt	G 2015 341
24.11.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2	geändert	G 2015 341
06.11.2018	01.12.2018	§ 8 Abs. 2, b.	geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 1	geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 2	geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 3	aufgehoben	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 4	aufgehoben	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 5	aufgehoben	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	§ 18 Abs. 6	aufgehoben	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	Anhang 2	Inhalt geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	Anhang 3	Inhalt geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	Anhang 4	Inhalt geändert	G 2018-068
06.11.2018	01.12.2018	Anhang 5	Inhalt geändert	G 2018-068
27.11.2018	01.01.2019	§ 1 Abs. 3	eingefügt	G 2018-098
28.05.2019	01.01.2020	Ingress	geändert	G 2019-019

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
28.05.2019	01.01.2020	§ 2 Abs. 1	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 2 Abs. 2	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 3 Abs. 2	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 5 Abs. 1	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 5 Abs. 2, a.	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 5 Abs. 2, b.	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 5 Abs. 2, c.	aufgehoben	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 5 Abs. 5	aufgehoben	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 6 Abs. 4	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 6 Abs. 5	aufgehoben	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 8 Abs. 1	geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	Titel 5b	eingefügt	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	§ 17a	eingefügt	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	Anhang 2	Inhalt geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	Anhang 3	Inhalt geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	Anhang 5	Inhalt geändert	G 2019-019
28.05.2019	01.01.2020	Anhang 6	Inhalt geändert	G 2019-019
20.05.2025	01.06.2025	§ 4 Abs. 1bis	eingefügt	G 2025-047
20.05.2025	01.06.2025	§ 4 Abs. 1ter	eingefügt	G 2025-047
20.05.2025	01.06.2025	Anhang 1	Inhalt geändert	G 2025-047

Anhang 1

(Stand 01.06.2025)

Mindestausstattung (§ 4 Abs. 1)

$\overline{MWB_i}$	=	$\frac{1}{3} \times \left(\sum_{j=3}^{5} MWB_i^{BJ-j} \right)$	=	mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde i gemäss Verordnung über die kantonale Bevölkerungsstatistik im Durchschnitt der Werte des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr BJ
MA^{2025}	=	$86{,}4$	=	Mindestausstattung in Prozent im Jahr 2025
$RAoB_i^{BJ-1}$			=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand der Gemeinde i des dem Bezugsjahr BJ vorangehenden Jahres
$RAoB_i^{BJ}$			=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand der Gemeinde i im Bezugsjahr BJ, beruhend auf der dem Bezugsjahr vorangehenden Mindestausstattung MA^{BJ-1}
RA^{BJ-1}	=	$\sum_{i=1}^{n} RAoB_i^{BJ-1}$	=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand des dem Bezugsjahr BJ vorangehenden Jahres
RA^{BJ}	=	$\sum_{i=1}^{n} RAoB_i^{BJ}$	=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand im Bezugsjahr BJ, beruhend auf der dem Bezugsjahr vorangehenden Mindestausstattung MA^{BJ-1}
RAW^{BJ}	=	$\left(\frac{RA^{BJ}}{RA^{BJ-1}} - 1 \right) * 100$	=	Wachstumsrate des gesamten Ressourcenausgleichs des Bezugsjahres BJ, beruhend auf der dem Bezugsjahr vorangehenden Mindestausstattung MA^{BJ-1} gegenüber dem dem Bezugsjahr vorangehenden gesamten Ressourcenausgleich in Prozent
$RAoB_i^{MA^{BJ}}$			=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand der Gemeinde i im Bezugsjahr BJ bei gegebener Mindestausstattung MA^{BJ}
$RA^{MA^{BJ}}$	=	$\sum_{i=1}^{n} RAoB_i^{MA^{BJ}}$	=	Ressourcenausgleich ohne Besitzstand im Bezugsjahr BJ bei gegebener Mindestausstattung MA^{BJ}
RAW^{MA}	=	$\left(\frac{RA^{MA^{BJ}}}{RA^{BJ-1}} - 1 \right) * 100$	=	Wachstumsrate des gesamten Ressourcenausgleichs im Bezugsjahr BJ, beruhend auf der Mindestausstattung MA^{BJ} gegenüber dem dem Bezugsjahr vorangehenden gesamten Ressourcenausgleich in Prozent

MA^{BJ} = Mindestausstattung in Prozent im Bezugsjahr BJ

$$= \begin{cases} MA^{BJ-1} & \text{wenn: } 0 \leq RAW^{BJ} \leq 10 \text{ (§ 5 Abs. 2a FAG)} \\ \max\left(MA^{BJ} \text{ so dass } RAW^{MA} \approx 10\,;80{,}0\right) & \text{wenn: } 10 < RAW^{BJ} \text{ (§ 5 Abs. 2b FAG)} \\ \min\left(MA^{BJ} \text{ so dass } RA^{MA^{BJ}} \approx RA^{BJ-1}\,;86{,}4\right) & \text{wenn: } RAW^{BJ} < 0 \text{ (§ 5 Abs. 2c FAG)} \end{cases}$$

MA^{BJ} wird auf zwei Nachkommastellen gerundet, so dass im Fall vom § 5 Absatz 2b FAG das Wachstum RAW^{MA} knapp unter 10 Prozent und im Fall vom § 5 Absatz 2c FAG $RA^{MA^{BJ}}$ möglichst nahe bei RA^{BJ-1} liegt

Anhang 2

(Stand 01.01.2020)

Topografischer Lastenausgleich (§ 5)

n	=	Anzahl Gemeinden		
MWB_i^{BJ-3}	=	mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik)		
TZ_i	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Talzone der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
HZ_i	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Hügelzone der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
$BZ1_i$	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Bergzone 1 der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
$BZ2_i$	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Bergzone 2 der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
$BZ3_i$	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Bergzone 3 der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
$BZ4_i$	=	landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Bergzone 4 der Gemeinde *i* (gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
LF_i	=	$TZ_i + HZ_i + BZ1_i + BZ2_i + BZ3_i + BZ4_i$ Total landwirtschaftlich genutzte Fläche ungewichtet in der Gemeinde *i* (ohne Sömmerungsgebiet; gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
GLF_i	=	$HZ_i * 1.5 + BZ1_i * 1.7 + BZ2_i * 1.725 + BZ3_i * 1.75 + BZ4_i * 1.775$ Total landwirtschaftlich genutzte Fläche gewichtet in der Gemeinde *i* (ohne Sömmerungsgebiet; gemäss landwirtschaftlichem Produktionskataster)		
$GLFD_i$	=	$\frac{GLF_i}{MWB_i^{BJ-3}}$	=	gewichtete landwirtschaftlich genutzte Fläche pro Einwohner/in in der Gemeinde *i*
$\overline{GLFD}$	=	$\frac{\sum_{i=1}^{n} GLF_i}{\sum_{i=1}^{n} MWB_i^{BJ-3}}$	=	gewichtete landwirtschaftlich genutzte Fläche pro Einwohner/in im Kantonsmittel
$MGLF_i$	=	$\left(GLFD_i - \overline{GLFD}\right) * MWB_i^{BJ-3}$ wenn $GLFD_i > \overline{GLFD}$ sonst 0	=	für den topografischen Lastenausgleich massgebende gewichtete landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Gemeinde *i*
$L1_i$	=	Länge der Güterstrassen Landwirtschaft 1. Klasse in der Gemeinde *i*		
$W1_i$	=	Länge der Güterstrassen Waldwirtschaft 1. Klasse in der Gemeinde *i*		
$L2_i$	=	Länge der Güterstrassen Landwirtschaft 2. Klasse in der Gemeinde *i*		
$W2_i$	=	Länge der Güterstrassen Waldwirtschaft 2. Klasse in der Gemeinde *i*		
$G1_i$	=	Länge der Gemeindestrassen 1. Klasse in der Gemeinde *i*		
FG_i	=	$\frac{GLF_i}{LF_i}$	=	Verhältnis zwischen gewichteter und ungewichteter landwirtschaftlich genutzter Fläche der Gemeinde *i* (Flächengewicht)
GS_i	=	$\lfloor (L1_i + L2_i + G1_i) + 0.1 * (W1_i + W2_i) \rfloor * FG_i$ Summe der zweifach gewichteten Längen der Güterstrassen 1. und 2. Klasse und der Gemeindestrassen 1. Klasse in der Gemeinde *i*		
GSD_i	=	$\frac{GS_i}{MWB_i^{BJ-3}}$	=	zweifach gewichtete Länge der Güter- und Gemeindestrassen pro Einwohner/in in der Gemeinde *i*

$\overline{GSD}$	=	$\frac{\sum_{i=1}^{n} GS_i}{\sum_{i=1}^{n} MWB_i^{BJ-3}}$	=	zweifach gewichtete Länge der Güter- und Gemeindestrassen pro Einwohner/in für die Gemeinden insgesamt
MGS_i	=	$\left(GSD_i - \overline{GSD}\right) * MWB_i^{BJ-3}$ wenn $GSD_i > \overline{GSD}$ sonst 0	=	für den topografischen Lastenausgleich massgebende zweifach gewichtete Länge der Güter- und Gemeindestrassen der Gemeinde *i*
TLA	=	Gesamtdotierung topografischer Lastenausgleich in Franken im Bezugsjahr *BJ* (für die Gemeinden insgesamt)		
$BSTLA_i$	=	Besitzstandwahrung der Gemeinde *i* im topografischen Lastenausgleich		
$BSTLA$	=	$\sum_{i=1}^{n} BSTLA_i$	=	Summe aller Besitzstandwahrungen im topografischen Lastenausgleich
$TLAF$	=	$0.55 * (TLA - BSTLA)$	=	gesprochener Kredit in Franken für jenen Teil des topografischen Lastenausgleichs, der im Bezugsjahr *BJ* nach der gewichteten landwirtschaftlich genutzten Fläche zu verteilen ist
$TLAF_i$	=	$TLAF * \frac{MGLF_i}{\sum_{i=1}^{n} MGLF_i}$	=	topografischer Lastenausgleich nach der gewichteten landwirtschaftlich genutzten Fläche der Gemeinde *i*
$TLAS$	=	$0.45 * (TLA - BSTLA)$	=	gesprochener Kredit in Franken für jenen Teil des topografischen Lastenausgleichs, der im Bezugsjahr nach der gewichteten Länge der Güter- und Gemeindestrassen zu verteilen ist
$TLAS_i$	=	$TLAS * \frac{MGS_i}{\sum_{i=1}^{n} MGS_i}$	=	topografischer Lastenausgleich nach der gewichteten Länge der Güter- und Gemeindestrassen der Gemeinde *i*
TLA_i	=	$TLAF_i + TLAS_i + BSTLA_i$ topografischer Lastenausgleich für die Gemeinde *i*		

Anhang 3

(Stand 01.01.2020)

Bildungslastenausgleich (§ 6)

n	=	Anzahl Gemeinden		
SWB_i	=	$\frac{1}{3} * \left(\sum_{j=3}^{5} SWB_i^{BJ-j} \right)$ ständige Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* am Jahresende im Durchschnitt des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr *BJ* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik)		
SCH_i	=	$\frac{1}{3} * \left(\sum_{j=2}^{4} SCH_i^{BJ-j} \right)$ Anzahl Schüler/innen in der obligatorischen Schulpflicht mit Wohnort in der Gemeinde *i* und Besuch einer öffentlichen Schule im Kanton Luzern am Stichtag der eidgenössischen Statistik der Lernenden im Durchschnitt des vierten bis zweiten Jahres vor dem Bezugsjahr *BJ*		
$SCHAK_i$	=	$\frac{1}{3} * \left(\sum_{j=3}^{5} SCHAK_i^{BJ-j} \right)$ Anzahl Schüler/innen in der obligatorischen Schulpflicht mit Wohnort in der Gemeinde *i* und Besuch einer öffentlichen Schule ausserhalb des Kantons Luzern im Durchschnitt der Schuljahre mit Beginn drei, vier und fünf Jahre vor dem Bezugsjahr *BJ* gemäss Abrechnung der Regionalen Schulabkommen Nordwestschweiz und Zentralschweiz		
$SINT_i$	=	$\frac{SCH_i + SCHAK_i}{SWB_i} * 100$	=	Schülerintensität der Gemeinde *i*
$\overline{SINT}$	=	$\frac{\sum_{i=i}^{n}(SCH_i + SCHAK_i)}{\sum_{i=i}^{n} SWB_i} * 100$	=	Schülerintensität im Kantonsmittel
$SINTI_i$	=	$\frac{SINT_i}{\overline{SINT}} * 100$	=	Index der Schülerintensität der Gemeinde *i*
BG_i	=	$SWB_i * SINTI_i * \frac{1}{100}$	=	mit dem Index der Schülerintensität gewichtete ständige Wohnbevölkerung der Gemeinde *i*
BB_i	=	$BG_i - SWB_i$ wenn $SINTI_i > 110$	=	ausgleichsberechtigte Wohnbevölkerung für Bildungslastenausgleich der Gemeinde *i*
	=	sonst 0	=	
BLA	=	Gesamtdotierung Bildungslastenausgleich in Franken im Bezugsjahr *BJ* (für die Gemeinden insgesamt)		
$BSBLA_i$	=	Besitzstandwahrung der Gemeinde *i* im Bildungslastenausgleich		
$BSBLA$	=	$\sum_{i=1}^{n} BSBLA_i$	=	Summe aller Besitzstandwahrungen im Bildungslastenausgleich
BLA_i	=	$(\boldsymbol{BLA} - \boldsymbol{BSBLA}) * \frac{\boldsymbol{BB_i}}{\sum_{i=1}^{n} \boldsymbol{BB_i}} + \boldsymbol{BSBLA_i}$ Bildungslastenausgleich für die Gemeinde *i*		

Der Wohnort der Schülerinnen und Schüler entspricht in der Regel dem zivilrechtlichen Wohnsitz. Bei Pflegekindverhältnissen oder bei Heimaufenthalten ist gemäss § 5 der Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung die Aufenthaltsgemeinde der Schülerin/des Schülers massgebend. Bei internem Sonderschulbesuch (Internat) gilt der zivilrechtliche Wohnsitz.
Für die Berechnung des Bildungslastenausgleichs werden folgende Schüler/innen in öffentlichen Schulen (innerkantonal oder ausserkantonal) mit Wohnort im Kanton Luzern berücksichtigt:

Schulstufen/Schultypen	*Selektion*
Kindergarten	alle Klassen
Basisstufe	alle Klassen
Primarschule Regelklassen	alle Klassen (1. bis 6.)
Aufnahmeklassen Primar	alle Klassen
Langzeitgymnasium/Sekundarstufe I	1. bis 3. Klassen, ohne Lernende, die das 3. Jahr des Langzeitgymnasiums repetieren
Kurzzeitgymnasium	Lernende, die von der 2. Klasse der Sekundarschule Niveau A oder des Langzeitgymnasiums in die erste Klasse des Kurzzeitgymnasiums eintreten
Sekundarschule Niveau A, B und C	alle Klassen (1. bis 3.)
Integrierte Sekundarschule	alle Klassen (1. bis 3.)
Aufnahmeklassen Sekundarstufe I	alle Klassen
Sonderschulen	alle Klassen der obligatorischen Schulzeit
Time-out-Klassen	Lernende, die nicht in einer Regelschule angemeldet und erfasst sind

Schülerinnen und Schüler in privaten Schulen auf allen Stufen werden nur dann berücksichtigt, wenn ein zum Stichtag der eidgenössischen Lernendenstatistik gültiger Entscheid der Dienststelle Volksschulbildung über die Schulung in einer privaten Schule oder eine entsprechende kantonale Leistungsvereinbarung mit der Schule vorliegt.

Anhang 4

(Stand 01.12.2018)

Lasten aus der Bevölkerungszusammensetzung (§ 7)

n	=	Anzahl Gemeinden		
MWB_i^{BJ-3}	=	mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik)		
$P80_i^{BJ-3}$	=	Anzahl Personen im Alter von 80 und mehr Jahren (in der Folge: Hochbetagte) in der Gemeinde *i* am Ende des dritten Jahres vor dem Bezugsjahr *BJ* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik)		
$AP80_i$	=	$\frac{P80_i^{BJ-3}}{MWB_i^{BJ-3}} * 100$	=	Anteil der Hochbetagten an der mittleren Wohnbevölkerung in der Gemeinde *i* im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* in Prozent
$\overline{AP80}$	=	$\frac{\sum_i^n P80_i^{BJ-3}}{\sum_i^n MWB_i^{BJ-3}} * 100$	=	Anteil der Hochbetagten an der mittleren Wohnbevölkerung im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* im Kantonsmittel in Prozent
$AP80I_i$	=	$\frac{AP80_i}{\overline{AP80}} * 100$	=	Index Anteil der Hochbetagten der Gemeinde *i* (Kantonsmittel = 100)
BGH_i	=	$MWB_i^{BJ-3} * AP80I_i * \frac{1}{100}$	=	mit dem Index des Anteils der Hochbetagten gewichtete mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i*
BBH_i	=	$BGH_i - MWB_i^{BJ-3}$ wenn $AP80I_i > 100$ sonst 0	=	ausgleichsberechtigte Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* für Soziallastenausgleich Hochbetagte
MWB_i	=	$\frac{1}{3} * \left(\sum_{j=3}^{5} MWB_i^{BJ-j} \right)$ mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* im Durchschnitt des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr *BJ* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik)		
SH_i	=	$\frac{1}{3} * \sum_{j=3}^{5} \sum_{k} \frac{AnzPers_k^{BJ-j} * Dauer_k^{BJ-j}}{Faktor_k^{BJ-j} * 12}$ Anzahl Personen im Alter von unter 65 Jahren in der Gemeinde *i*, die durch Sozialhilfe unterstützt werden, gemäss Schweizerischer Sozialhilfestatistik (exkl. Flüchtlinge), im Durchschnitt des fünften bis dritten Jahres vor dem Bezugsjahr *BJ* und gewichtet mit der Haushaltsgrösse und der Bezugsdauer; wobei *AnzPers* als Anzahl Personen im durch Sozialhilfe unterstützten Haushalt *k*, *Dauer* als Bezugsdauer der Sozialhilfe im Referenzjahr in Monaten und *Faktor* als Umrechnungsfaktor für die Gewichtung nach Haushaltgrösse gemäss Skos definiert sind.		
ASH_i	=	$\frac{SH_i}{MWB_i} * 100$	=	Anteil der durch Sozialhilfe unterstützten Personen an der mittleren Wohnbevölkerung im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* in der Gemeinde *i* in Prozent
$\overline{ASH}$	=	$\frac{\sum_i^n SH_i}{\sum_i^n MWB_i} * 100$	=	Anteil der durch Sozialhilfe unterstützten Personen an der mittleren Wohnbevölkerung im

				dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* im Kantonsmittel in Prozent
$ASHI_i$	=	$\frac{ASH_i}{\overline{ASH}} * 100$	=	Index Anteil der durch Sozialhilfe unterstützten Personen in der Gemeinde *i* (Kantonsmittel = 100)
BGS_i	=	$MWB_i * ASHI_i * \frac{1}{100}$	=	mit dem Index des Anteils der durch Sozialhilfe unterstützten Personen gewichtete mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i*
BBS_i	=	$BGS_i - MWB_i$ wenn $ASHI_i > 100$ sonst 0	=	ausgleichsberechtigte Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* für Soziallastenausgleich Sozialhilfe
SLA	=	Gesamtdotierung Soziallastenausgleich in Franken im Bezugsjahr *BJ* (für die Gemeinden insgesamt)		
$BSSLA_i$	=	Besitzstandwahrung der Gemeinde *i* im Soziallastenausgleich		
$BSSLA$	=	$\sum_{i=1}^{n} BSSLA_i$	=	Summe aller Besitzstandwahrungen im Soziallastenausgleich
SLA_i	=	$(SLA - BSSLA) * \left(\frac{2}{3} * \frac{BBH_i}{\sum_{i=1}^{n} BBH_i} + \frac{1}{3} * \frac{BBS_i}{\sum_{i=1}^{n} BBS_i}\right) + BSSLA_i$ Soziallastenausgleich für die Gemeinde *i*		

Anhang 5

(Stand 01.01.2020)

Infrastrukturlastenausgleich (§ 8)

n	=	Anzahl Gemeinden		
MWB_i^{BJ-3}	=	mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik) im dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ*		
MWB_i^{JENT}	=	mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* (gemäss Verordnung über die Bevölkerungsstatistik) im Jahr *JENT* der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) des Bundes		
BES_i^{JENT}	=	Anzahl Beschäftigte (Arbeitsplätze) des 2. und 3. Sektors in der Gemeinde *i* gemäss neuesten verfügbaren Daten der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) des Bundes im Jahr *JENT*, das im Normalfall dem vierten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* entspricht		
WG_i^{JGWS}	=	Anzahl Wohngebäude in der Gemeinde *i* gemäss neuesten verfügbaren Daten der eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) im Jahr *JGWS*, das im Normalfall dem dritten Jahr vor dem Bezugsjahr *BJ* entspricht; die Definition von „Wohngebäude“ richtet sich nach dem Merkmalskatalog zum eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister		
$WG4_i^{JGWS}$	=	Anzahl Wohngebäude mit mehr als drei Geschossen in der Gemeinde *i* gemäss eidgenössischer Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) im Jahr *JGWS*; die Definition von "Wohngebäude" und "Geschoss" richtet sich nach dem Merkmalskatalog zum eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister		
AD_i	=	$\frac{BES_i^{JENT}}{MWB_i^{JENT}} * 100$	=	Arbeitsplatzdichte der Gemeinde *i*
$\overline{AD}$	=	$\frac{\sum_{i=1}^{n} BES_i^{JENT}}{\sum_{i=1}^{n} MWB_i^{JENT}} * 100$	=	Arbeitsplatzdichte im Kantonsmittel
ADI_i	=	$\frac{AD_i}{\overline{AD}} * 100$	=	Index Arbeitsplatzdichte der Gemeinde *i* (Kantonsmittel = 100)
BD_i	=	$\frac{WG4_i^{JGWS}}{WG_i^{JGWS}} * 100$	=	Bebauungsdichte der Gemeinde *i*
$\overline{BD}$	=	$\frac{\sum_{i=1}^{n} WG4_i^{JGWS}}{\sum_{i=1}^{n} WG_i^{JGWS}} * 100$	=	Bebauungsdichte im Kantonsmittel
BDI_i	=	$\frac{BD_i}{\overline{BD}} * 100$	=	Index Bebauungsdichte der Gemeinde *i* (Kantonsmittel = 100)
$BGAD_i$	=	$MWB_i^{BJ-3} * ADI_i * \frac{1}{100}$	=	mit dem Index Arbeitsplatzdichte gewichtete mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i*
$BGBD_i$	=	$MWB_i^{BJ-3} * BDI_i * \frac{1}{100}$	=	mit dem Index Bebauungsdichte gewichtete mittlere Wohnbevölkerung der Gemeinde *i*

$BBAD_i$	=	$BGAD_i - MWB_i^{BJ-3}$ wenn $BGAD_i \geq MWB_i^{BJ-3}$ sonst 0	=	ausgleichsberechtigte Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* für Infrastrukturlastenausgleich Arbeitsplatzdichte
$BBBD_i$	=	$BGBD_i - MWB_i^{BJ-3}$ wenn $BGBD_i \geq MWB_i^{BJ-3}$ sonst 0	=	ausgleichsberechtigte Wohnbevölkerung der Gemeinde *i* für Infrastrukturlastenausgleich Bebauungsdichte
ILA	=	Gesamtdotierung Infrastrukturlastenausgleich in Franken im Bezugsjahr *BJ* (für die Gemeinden insgesamt)		
$BSILA_i$	=	Besitzstandwahrung der Gemeinde *i* im Infrastrukturlastenausgleich		
$BSILA$	=	$\sum_{i=1}^{n} BSILA_i$	=	Summe aller Besitzstandwahrungen im Infrastrukturlastenausgleich
ILA_i	=	$(\boldsymbol{ILA} - \boldsymbol{BSILA}) * \left(\frac{\boldsymbol{3}}{\boldsymbol{10}} * \frac{\boldsymbol{BBAD_i}}{\sum_{i=1}^{n} \boldsymbol{BBAD_i}} + \frac{\boldsymbol{7}}{\boldsymbol{10}} * \frac{\boldsymbol{BBBD_i}}{\sum_{i=1}^{n} \boldsymbol{BBBD_i}}\right) + \boldsymbol{BSILA_i}$ Infrastrukturlastenausgleich für die Gemeinde *i*		

Anhang 6

(Stand 01.01.2020)

Berechnung der Nettovermögenserträge (§ 3 Abs. 1)

a. Nettovermögenserträge ohne Gewinn aus der Veräusserung von Anlagen des Finanzvermögens

Die Nettovermögenserträge umfassen nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell 1 (HRM1) die Vermögenserträge (Artenkonto 42) abzüglich der Buchgewinne (Artenkonto 424), des Aufwandes der Dienststellen 941 bis 949, ohne die Artenkonti 32, 38 und 396 und der Passivzinsen (Artenkonto 32) und zuzüglich des Ertrages der Dienststellen 941 bis 949, ohne die Artenkonti 42, 48 und 496.

Die Nettovermögenserträge umfassen nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2):

die Sachgruppe	44 (Finanzertrag)	
zuzüglich des Sachkontos	4840 (geldwirksamer ausserordentlicher Finanzertrag)	
ohne die Sachgruppen		441 (realisierte Gewinne auf Finanzvermögen), 444 (Wertberichtigungen auf Finanzvermögen)
und ohne die Sachkonti		4472 (Vergütung für kurzfristige Benützung von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen), 4490 (Wertaufholung Sachanlagen und immaterielle Anlagen im Verwaltungsvermögen), 4495 (übriger Finanzertrag geldunwirksam).
abzüglich der Sachgruppe	34 (Finanzaufwand)	
abzüglich des Sachkontos	3840 (geldwirksamer ausserordentlicher Finanzaufwand)	
ohne die Sachgruppen		341 (realisierte Kursverluste) 344 (Wertberichtigungen auf Anlagen des Finanzvermögens)
zuzüglich des Ertrags der Funktion 963 (Ertrag von Liegenschaften des Finanzvermögens)		
ohne die Sachgruppen		44 (Finanzertrag), 45 (Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen), 489 (Entnahmen aus dem Eigenkapital), 494 (kalkulatorische Zinsen und Finanzertrag), 498 (Übertragungen) und
ohne das Sachkonto		4840 (geldwirksamer ausserordentlicher Finanzertrag)

abzüglich des Aufwands der Funktion 963 (Aufwand von Liegenschaften des Finanzvermögens)

ohne die Sachgruppen	34 (Finanzaufwand), 35 (Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen), 387 (ausserplanmässige Wertberichtigungen), 389 (Zins und Amortisation LUPK-Darlehen), 394 (kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand), 398 (Übertragungen) und
ohne das Sachkonto	3840 (geldwirksamer ausserordentlicher Finanzaufwand).

b. Gewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens

Für die Berechnung gelten die Regeln der Grundstückgewinnsteuer. Die Gemeinde hat die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens dem Departementssekretariat des Finanzdepartementes zu melden. Aufgrund der Handänderungsmeldung des Grundbuchamtes erhält die Gemeinde vom Departementssekretariat des Finanzdepartementes ein Erhebungsformular. Gestützt auf die Deklaration der Gemeinde setzt das Departementssekretariat des Finanzdepartementes den massgebenden Gewinn im Erhebungsformular fest. Die deklarierten Werte sind von der Gemeinde zu dokumentieren. Sind Korrekturen nötig, werden diese nach Rücksprache mit der Gemeinde ausgeführt.

c. Gewinne aus der Veräusserung übriger Anlagen des Finanzvermögens

Die Gemeinde hat dem Departementssekretariat des Finanzdepartementes die Veräusserung übriger Anlagen des Finanzvermögens zu melden. Das Departementssekretariat des Finanzdepartementes stellt der Gemeinde anschliessend ein Erhebungsformular zu, in welches diese insbesondere den Kaufpreis und den Veräusserungswert der Anlagen einträgt. Die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Dritten in Rechnung gestellten Kosten werden vom Veräusserungswert abgezogen. Die deklarierten Werte sind von der Gemeinde zu dokumentieren. Sind Korrekturen nötig, werden diese nach Rücksprache mit der Gemeinde ausgeführt.

Die Gewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften und Anlagen des Finanzvermögens werden zu 50 Prozent zu den Nettovermögenserträgen gerechnet.